

Fragen

**für die Sitzungswoche
des Deutschen Bundestages
vom 17. Januar 1977**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	2
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	19
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	20
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	25
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	26
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	28
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	37
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	38
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	40
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	41
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	42

Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien für die Fragestunde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, daß das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt einem privaten Auskunftsbüro Aufträge zur Beschaffung von Personenauskünften erteilt haben, und wenn ja, auf welchen Personenkreis bezogen sich die Aufträge?
2. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Welches ist der gesetzliche Auftrag, zu dessen Erledigung die Auskünfte verwendet werden sollten, und welche Haushaltsmittel wurden zur Finanzierung der Aufträge verwendet?
3. Abgeordneter
Dr. Zimmermann
(CDU/CSU) Wie ist die Äußerung des Leiters des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Staatssekretär Bölling, zu verstehen, in seiner Behörde gebe es „Mitarbeiter, die sich als CDU-Politruks betätigen“, und auf welche Tatsachen gründet sich ein solches Urteil?
4. Abgeordneter
Dr. Zimmermann
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das wiedergegebene Urteil abwertend und ungerecht ist, und was gedenkt sie zu veranlassen, um Bedienstete des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung dagegen in Schutz zu nehmen?
5. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Was sind im einzelnen die Gründe dafür, daß die Bundesregierung im Gegensatz zu dem Organisationsgutachten des Bundesrechnungshofs vom Mai 1966 und auch der Auffassung des damaligen Haushaltsausschusses nur noch vier Abteilungen im Bundespresse- und Informationsamt für erforderlich hält, obwohl das Stellensoll für 1977 um ca. 100 Stellen über dem Soll des Jahres 1966 liegt?
6. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) Zu welchem Zeitpunkt und in welcher Weise hat die vorgeschriebene Mitwirkung des Personalrats bei der Auflösung der Abteilung V im Bundespresse- und Informationsamt stattgefunden?
7. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, ob und in welcher Höhe ein von Kamealeuten der Volksrepublik Polen während des Besuchs des KP-Chefs Gierek in der Bundesrepublik Deutschland und kurz danach gedrehter Film materiell durch das Bundespresseamt oder eine andere Dienststelle der Bundesregierung unterstützt worden ist?

8. Abgeordneter
Hösl
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung nach Zurückweisung ihres Protestes die Ausweisung des ARD-Korrespondenten aus Ost-Berlin ohne Konsequenzen hinnehmen und sich auf ihre Ankündigung beschränken, den Fall auf der Konferenz zur Überprüfung der „Fortschritte“ vorzutragen, die im Rahmen der Vereinbarungen von Helsinki erreicht wurden?
9. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) In welcher Auflage und zu welchen Kosten wurde der Brief „Helmut Schmidt, Bundeskanzler“ . . . „im September 1976“ verteilt bzw. versandt, und aus welchen Mitteln wurde diese Aktion finanziert?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

10. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) In welcher Form wird die Erklärung der drei West-Mächte zu den gegen den Status Berlins gerichteten Maßnahmen Ost-Berlins der Sowjetunion übermittelt, wird insbesondere dagegen protestiert werden, daß die Sowjetunion diese Maßnahmen hat geschehen lassen, und welche Haltung hat die Bundesregierung in den Konsultationen mit den drei West-Mächten eingenommen?
11. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß in der Sowjetunion vier Deutsche verhaftet worden sind, die für sich und ihre Familien — unter Abgabe ihrer sowjetischen Pässe und Lossagung von der sowjetischen Staatsangehörigkeit — vor Jahren bereits ihre Ausreise in den freien Teil Deutschlands beantragt hatten, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung unternommen, um insoweit den Vereinbarungen von Helsinki zu ihrer Verwirklichung zu verhelfen?
12. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Gehören nach Auffassung der Bundesregierung totalitäre Parteien zum „vollen demokratischen Spektrum“, dem der Bundeskanzler in einem Interview zu seinen Gesprächen in Madrid auch die Kommunisten zugeordnet hat, und wird der Bundeskanzler im Zusammenhang mit Besuchen bei linksautoritären Regierungen sich etwa dafür aussprechen, rechtstotalitäre Parteien zuzulassen?
13. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das negative Deutschlandbild, das durch britische Verlage und Fernsehprogramme vermittelt und anscheinend so stark überzeichnet wird, daß die „Times“ in einem Leitartikel die Bundesrepublik Deutschland in Schutz nehmen zu müssen glaubt, welches sind nach Meinung der Bundesregierung konkrete Anlässe für dieses Verhalten, und wie gedenkt sie, dieser Entwicklung zu begegnen?

14. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Finnland Flüchtlinge an die Sowjetunion ausliefert, wenn diese sie im Ersuchen als Kriminelle oder Geisteskranke bezeichnet, und welche Schlußfolgerungen zieht — bejahendenfalls — die Bundesregierung daraus unter dem Gesichtspunkt, daß ein Verstoß gegen die Vereinbarungen von Helsinki vorliegt?
15. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß in der Tschechoslowakei ein 70 Jahre alter Rentner, der mit der Deutschen Welle einen Briefwechsel unterhalten hatte, deshalb mit zehn Monaten Haft betrafft wurde, und welche Schlußfolgerungen zieht — bejahendenfalls — die Bundesregierung aus dieser Verletzung der Vereinbarungen von Helsinki?
16. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zur Abwehr der sowjetischen Angriffe auf den Bundesminister des Auswärtigen zu unternehmen, dem die Sowjets vorwerfen, er verdächtige die UdSSR in ungerechtfertigter Weise einer aggressiven Aufrüstung?
17. Abgeordneter
Gierenstein
(CDU/CSU) Streben die Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts unmittelbare Beziehungen mit West-Berlin an, um die Bestimmungen des Vier-Mächte-Abkommens über die Vertretung Berlins durch den Bund zu unterlaufen, und wenn ja, zu welchen Überlegungen gibt dieser neuerliche Vorstoß gegen den Status der Stadt Anlaß?
18. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß in der Sowjetunion Personen, die die Einhaltung der Vereinbarung von Helsinki beobachten, in zunehmendem Maße verfolgt werden, und welche Schlußfolgerung zieht — bejahendenfalls — die Bundesregierung daraus für ihr Verhältnis zur Sowjetunion und im Hinblick auf die in Belgrad vorgesehene Konferenz zur Überprüfung der Ergebnisse von Helsinki?
19. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen und welche beabsichtigt sie noch zu tun, um die KSZE-Prüfungskonferenz im Sommer dieses Jahrs in Belgrad so vorzubereiten, daß wenigstens ein angemessener Teil der in der KSZE-Schlußakte vorgesehenen Verbesserungen für die Menschen im geteilten Deutschland durchgesetzt werden kann?
20. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Hat nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki die Bundesregierung Beobachtungen und Erfahrungen darüber gemacht, ob die Erteilung der Heiraterlaubnis für deutsche Staatsangehörige mit rumänischen Staatsangehörigen zugenommen hat, oder besitzt die Bundesregierung gegenteilige Informationen?

21. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der wegen angeblicher Spionage verurteilte deutsche Journalist Gengenbach von der tschechoslowakischen Regierung immer noch in Haft gehalten wird, und wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß er entgegen gehegten Erwartungen nicht aus Anlaß des dritten Jahrestags des Abschlusses des deutsch-tschechoslowakischen Vertrags entlassen worden ist?
22. Abgeordneter
Handlos
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß in der Sowjetunion Dissidenten unter der falschen Anschuldigung des Rowdytums, der Trunkenheit und anderer krimineller Vergehen verfolgt und der Freiheit beraubt werden, und zu welchen Überlegungen im Zusammenhang mit den Vereinbarungen von Helsinki gibt dies der Bundesregierung Anlaß?
23. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß sich seit der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki die Zustände in sowjetischen Haftlagern beträchtlich verschlimmert haben, und welche Auffassung vertritt — bejahendenfalls — die Bundesregierung daraufhin hinsichtlich der sowjetischen Bereitschaft, eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen?
24. Abgeordneter
Kiehle
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen (Welt am Sonntag vom 9. Januar 1977) zu, nach denen Bundeskanzler Schmidt die EG-Kommission mit der ganzen Brüsseler Bürokratie verachtet und ihr nur zweitrangige Leute überläßt und dann auch noch vertragswidrig erzwingt, daß ihnen Schlüsselpositionen anvertraut werden?
25. Abgeordneter
Kiehle
(CDU/CSU)
- In welcher Weise haben die Bundesregierung und vor allem Bundeskanzler Schmidt darauf Einfluß genommen, daß das deutsche Kommissionsmitglied der EG, Haferkamp, das bedeutsame Ressort für Außenbeziehungen der EG erhalten hat, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu der in den Mitgliedstaaten der EG bekanntgewordenen Kritik hierzu ein?
26. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Welche Gegenmaßnahmen gedenkt die Bundesregierung im Sinne ihrer Schutzzusage für das Eigentum gegenüber fremder Willkür in der Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 dagegen zu ergreifen, daß alle aus den Oder-Neiße-Gebieten aussiedelnden deutschen Staatsangehörigen vor der Ausreise gezwungen werden, ihr Verfügungsrecht über dingliches Eigentum aufzugeben, obwohl nach dem Völkerrecht die Versagung der privaten Eigentumsrechte gegenüber Ausländern rechtswidrig ist und die dafür verantwortliche Volksrepublik Polen hohe deutsche Finanzhilfen und Staatsbürgschaften für stetig wachsende Warenkredite erhält?

27. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß verfolgte und bezüglich der Freiheit und des Lebens gefährdete Kurden, Armenier und Eritreer in den letzten Monaten generell kein Asyl erhielten oder wenn nicht, wie vielen Bewerbern aus diesen Völkern ist das Asyl 1976 und 1975 abgelehnt worden und wie viele 1976 und 1975 gestellte Asylanträge dieser Personen sind noch nicht entschieden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

28. Abgeordneter
Dr. Böhme
(Freiburg)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wann das Kernkraftwerk (KKW) Fessenheim/Elsaß in Betrieb geht, und gibt es Vereinbarungen über Stromlieferungen aus dem französischen Kernkraftwerk in das Bundesgebiet, und welche Vereinbarungen bestehen zwischen deutscher und französischer Seite für die Regulierung und Begrenzung der thermischen Belastung des Rheins durch das KKW Fessenheim?
29. Abgeordneter
Dr. Böhme
(Freiburg)
(SPD)
- Gibt es ferner Vereinbarungen über Katastrophenschutzpläne im Fall eines die Bevölkerung bedrohenden Unglücks durch das KKW Fessenheim, und wer ist auf deutscher Seite am Oberrhein verantwortlich für Planung, Einsatz und Durchführung derartiger Schutzaktionen?
30. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der Arbeiten der innerdeutschen Grenzkommision, und für wann rechnet sie mit dem Abschluß der Arbeiten dieser Kommission?
31. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Treffen Meldungen zu, wonach die Bundesregierung beabsichtigt, den Auftrag der Feststellung des Verlaufs der innerdeutschen Grenze zur DDR im Elbebereich zwischen Schnackenburg und Lauenburg aus dem Kompetenzbereich der Grenzkommision zu nehmen und den Komplex mit der DDR-Regierung unmittelbar zu verhandeln, und wie hat — bejahendenfalls — die DDR-Delegation, deren Einverständnis erforderlich ist, den Vorschlag unserer Delegation aufgenommen?
32. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt die Bundesregierung zweifelsfrei sicherzustellen, daß eine nicht von der Grenzkommision, sondern unmittelbar zwischen ihr und der DDR-Regierung zu erzielende Übereinkunft über den Grenzverlauf an der Elbe keinen konstitutiven Charakter hat?
33. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Gilt nach Auffassung der Bundesregierung die Auflage der zum Grundlagenvertrag gehörenden Erklärung zu Protokoll über die Aufgaben der Grenzkommision, wonach sich der Verlauf der Grenze zwischen der Bundesrepublik

Deutschland und der DDR „nach den diesbezüglichen Festlegungen des Londoner Protokolls vom 12. September 1944 und späteren Vereinbarungen der damaligen Besatzungsmächte“ bestimmt, auch für das Ergebnis von Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, und wird die Bundesregierung solche Verhandlungen nur dann aufnehmen, wenn die DDR-Regierung sich eindeutig auf diese Auffassung festlegt und sich damit zum nichtkonstitutiven Charakter der Grenzfeststellung bekennt?

34. Abgeordneter
Pensky
(SPD)

Trifft es zu, und wenn ja, wie wird dieser Vorgang von der Bundesregierung beurteilt, daß im Rahmen einer bundesweiten Aktion aus dem Dienst ausgeschiedene Polizisten offensichtlich ohne deren Wissen auf ihre Vertrauenswürdigkeit hinsichtlich einer Mitarbeit beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln durch die Länderinnenministerien überprüft und die Anschriften der ehemaligen Beamten ebenfalls ohne deren Wissen an das BfV weitergegeben werden, wie aus Zeitungsberichten (siehe u. a. Neue Ruhr Zeitung vom 9. Dezember 1976) hervorgeht?

35. Abgeordneter
Pensky
(SPD)

Inwieweit sind gegebenenfalls die Befürchtungen von Expolizisten berechtigt, daß dabei auch im Rahmen der Überprüfungen Nachforschungen in ihrer Privatsphäre durchgeführt werden?

36. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Parlamentarische Staatssekretär von Schoeler die Auffassung vertreten hat, der Ministerpräsidentenerlaß zur Bekämpfung von Verfassungsfeinden sei als „Berufsverbot für Bürger mit politisch unbequemen Gesinnungen“ zu werten und daß „auch der Vorsitzende eines DKP-Ortsvereins ein verfassungstreuer Richter sein kann“, und wenn ja, teilt die Bundesregierung diese Auffassung?

37. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Änderung des Asylrechts dahin gehend zu veranlassen, daß das Verfahren beschleunigt und die Aufnahme in Lagern so gesteuert wird, daß Verhältnisse, wie sie derzeit z. B. im Landesaufnahmelager Rastatt herrschen, künftig vermieden werden?

38. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)

Zu welchen konkreten Ergebnissen haben Zusagen der Bundesminister Dr. Maihofer und Franke geführt, die diese anlässlich ihrer Besuche im Landesaufnahmelager Rastatt während des Landtagswahlkampfes in Baden-Württemberg dahin gehend abgegeben haben, durch administrative Maßnahmen das Asylverfahren zügiger abzuwickeln und das Rechtsmittelverfahren zu beschleunigen?

39. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Stadt Nettetal im Kreis Viersen einen Erfahrungsbericht über asylsuchende Ausländer, insbesondere Asiaten, angefertigt hat, und teilt die Bundesregierung die Auffassung der Stadt Nettetal, daß in ländliche Städte nur solche Asylsuchende verwiesen werden sollten, die dort eine Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit den Landsleuten ihrer Sprache und ihrem Brauchtum finden können und Asylsuchende aus fernen Ländern eher in Großstädten mit Universitäten, Botschaften oder Gesandtschaften Kontakte zu ihrer heimatlichen Kultur, ihrem heimatlichen Brauchtum, aber auch ihrer gewohnten Nahrung, besser finden können?
40. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Ergebnisse einer neu zu erarbeitenden Konzeption für die Rastatter „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen der deutschen Geschichte“ durch das Koblenzer Bundesarchiv veröffentlichen, die noch auf eine Initiative des verstorbenen Altbundespräsidenten Gustav Heinemann und auf ein vom Bundesinnenministerium im Juni 1976 berufenes Kolloquium von Professoren, Publizisten, Fachleuten und Politikern zurückzuführen ist?
41. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Wird die Bundesregierung initiativ werden, um in Zusammenarbeit mit der Landesregierung Baden-Württemberg und den vom Bund beteiligten Ministerien die Voraussetzungen einer räumlichen Ausweitung der Erinnerungsstätte im Rastatter Schloß in Verbindung mit der Unterbringung des Wehrgeschichtlichen Museums zu schaffen, und welche Schritte wurden bislang unternommen, um den Vorstellungen Gustav Heinemanns entsprechend konzeptionell wie räumlich eine stärkere Verankerung der deutschen Freiheitsbewegungen im Bewußtsein der Öffentlichkeit zu erreichen?
42. Abgeordneter
Gerlach
(Obernau)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Jahr für Jahr mehrere Tausend Araber über Ost-Berlin nach West-Berlin einreisen, die fast alle palästinensischen Terror- oder anderen illegalen Organisationen angehören, und wie wird gegebenenfalls der dadurch verursachten Gefährdung der Sicherheit begegnet?
43. Abgeordnete
Frau Schleicher
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Norwegen immer mehr als Transitland für den Rauschgiftsmuggel aus dem Fernen Osten nach Europa benutzt wird, und wenn ja, was hat die Bundesregierung unternommen, um das Bundesgebiet vor dieser zusätzlichen Gefährdung zu bewahren?

44. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Hat die Studie der Bundesanstalt für Arbeit zur betrieblichen Berufsausbildung im öffentlichen Dienst auch berücksichtigt, daß bei einer Erhöhung des Anteils der im öffentlichen Dienst selbst Ausgebildeten der Anteil der aus anderen Berufen in den öffentlichen Dienst Eintretenden sinken wird, und wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkung einer solchen Entwicklung auf Charakter, Funktionsweise und Effizienz des öffentlichen Dienstes?
45. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- In welcher Weise stellt die Bundesregierung den laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe verfassungsrechtlich erneut festgeschriebenen Fortbestand des Deutschen Reichs kartographisch dar?
46. Abgeordneter
Krockert
(SPD)
- Ist es zu rechtfertigen, daß Kindern ausländischer Arbeitnehmer, die durch Familienzusammenführung legal in die Bundesrepublik Deutschland kamen, nach Vollendung des 18. Lebensjahrs statt der beantragten Aufenthaltsgenehmigung gleich die Ausweisungsverfügung ins Haus geschickt wird, weil ihre eingetretene Volljährigkeit angeblich erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt, und läuft diese Argumentation nicht auf eine Ausweisungswelle gegen Achtzehnjährige hinaus, die mit den offiziellen Bekundungen zur Ausländerpolitik überhaupt nicht zu vereinbaren ist, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?
47. Abgeordneter
Dr. Böhme
(Freiburg)
(SPD)
- Welche europäischen Länder werden voraussichtlich 1977 auf die sogenannte Sommerzeit umstellen, und welchen Stand haben die Überlegungen der Bundesregierung, im kommenden Sommer durch Änderung des Zeitgesetzes die Sommerzeit auch für die Bundesrepublik Deutschland einzuführen?
48. Abgeordneter
Dr. Böhme
(Freiburg)
(SPD)
- Bis wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen, und ist sichergestellt, daß die Entscheidung so rechtzeitig erfolgt, daß die notwendigen Umstellungsarbeiten gerade in den Grenzgebieten zeitlich möglich sind?
49. Abgeordneter
Handlos
(CDU/CSU)
- Gibt es bei den Rundfunkanstalten des Bundesrechts ähnliche Verhältnisse wie beim WDR, der sich — zufolge einer vom Landesrechnungshof des Landes Nordrhein-Westfalen vorgenommenen Gegenüberstellung der Bezüge der leitenden Angestellten des Westdeutschen Rundfunks zu den Bezügen der Staatsbeamten — auf die Besoldungstarife des öffentlichen Dienstes bezogen einen Ministerpräsidenten, fünf Minister, elf Staatssekretäre, vierzehn Obergerichtspräsidenten, elf Regierungspräsidenten, acht Generalstaatsanwälte

- und vier Regierungspräsidenten leistet, und wie sähe ein entsprechender Vergleich im Fall der beiden Rundfunkanstalten des Bundesrechts aus?
50. Abgeordneter
Handlos
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Hinblick auf die Transparenz des Gehaltsgefüges im öffentlichen Dienst eine solche Transparenz auch im Bereich der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten dadurch herzustellen, daß sie die Gehälter der Intendanten, Programmdirektoren, Chefredakteure und Hauptabteilungsleiter der beiden Anstalten des Bundesrechts bekanntgibt?
51. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang ist die Bundesregierung bereit, die Tätigkeit des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, das die Arbeit des Deutschen Nationalkomitees zur Vorbereitung des Europäischen Denkmalschutzjahrs 1975 fortsetzt, weiterhin finanziell und organisatorisch zu unterstützen?
52. Abgeordneter
Haase
(Fürth)
(SPD)
- Welche Maßnahmen gedenkt der Bundesinnenminister zu ergreifen, um die Verhältnisse im Ausländersammellager Zirndorf, vor dessen Toren wegen Überfüllung annähernd 50 Ausländer am 11. Januar 1977 zurückgewiesen werden mußten, für die Zukunft zu beenden?
53. Abgeordneter
Haase
(Fürth)
(SPD)
- Wird der Bundesinnenminister auf die Länder Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen dringend einwirken, damit diese Länder entsprechend der Vereinbarung der Innenministerkonferenz vom 15. Februar 1974 die Zahl der auf sie entfallenden Asylanten auch tatsächlich aufnehmen und nicht im Ausländersammellager Zirndorf belassen?
54. Abgeordneter
Schäfer
(Appenweier)
(SPD)
- Ist die Mitteilung des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz zutreffend, daß dem Bundesinnenminister seit mehreren Monaten Studien des Kölner Instituts für Reaktorsicherheit über die Auswirkungen des größtmöglichen Atomunfalls vorliegen, und wenn ja, was veranlaßt den Bundesinnenminister, diese Studien dem Deutschen Bundestag bislang vorzuhalten, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß diese Geheimhaltung dazu geeignet ist, das Vertrauen bei der Bevölkerung in die Energiepolitik der Bundesregierung zu fördern?
55. Abgeordneter
Blank
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, daß ein „hoher Beamter des Bundesinnenministeriums fahrlässig für eine Verschärfung der Kernreaktordiskussion gesorgt“ hat, indem er eine Sicherheitsstudie in Auftrag gegeben hat, die nach Auffassung von Sicherheitsexperten in ihren „wissenschaftlich-praktischen Voraussetzungen einfach falsch“ ist?

56. Abgeordneter
Blank
(SPD) Von welcher Stelle sind die für diese Studie benötigten umfangreichen Mittel aufgebracht worden?
57. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Sind die im Auftrag des Bundesinnenministeriums gefertigten Studien 290 und 293 des Instituts für Reaktorsicherheit in Köln sofort nach Erstellung dem zuständigen Ausschuß des Deutschen Bundestages zugeleitet worden?
58. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bewußt, daß der zunehmende Ersatz des Worts „Deutschland“ durch die Abkürzung „BRD“ unbewußt oder bewußt der nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag gebotenen Politik der Bundesrepublik Deutschland zugunsten der Politik der DDR widerspricht, und was wird die Bundesregierung tun, um Öffentlichkeit und veröffentlichter Meinung die grundsätzliche Bedeutung dieses Problems und seine sachgerechte Bewältigung nahe zu bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

59. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung entsprechend der Entschließung des Deutschen Bundestages bei der Verabschiedung des Zweiten Gesetzes über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum einen Gesetzentwurf vorlegen, der das derzeit geltende, in zahlreichen Vorschriften zersplitterte Recht über die soziale Sicherung des Wohnens bereinigt und diese Vorschriften einheitlich und für die Betroffenen verständlich und übersichtlich zusammenfaßt?
60. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bereits ein Ergebnis der Überprüfung vorlegen, inwieweit die mietrechtlichen Vorschriften unter Vermeidung einseitiger Bevorzugung oder Benachteiligung von Mieter und Vermieter der künftigen Situation am Wohnungsmarkt angepaßt werden müssen?
61. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung im Hinblick auf immer wieder bekanntwerdende Mißstände auf dem Gebiet der Ehevermittlung, die den heutigen Verhältnissen wohl kaum mehr Rechnung tragen, die Regelung des § 656 BGB zu ändern?
62. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung unternommen, um des der Organisation des palästinensischen Anschlags auf die Olympischen Spiele in München verdächtigen Abu Daud habhaft zu werden, und zu welchen Schlußfolgerungen gibt

das Verhalten der französischen Regierung Anlaß, die den Vertretern der Anklage vor der über die Fortdauer der Haft entscheidenden Kammer auf Freilassung plädieren ließ?

63. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung mittlerweile unternommen, um sich Gewißheit über Tathergang und Motiv der Ermordung des italienischen Kraftfahrers an der Demarkationslinie durch Ostberliner Grenzwächter zu verschaffen, und welches ist das Ergebnis ihrer Bemühungen?
64. Abgeordneter
Rainer
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der der Beteiligung an der Entführung von Richard Oetker Verdächtige zu drei Jahren Freiheitsentzug verurteilt ist und, weil das Urteil noch nicht rechtskräftig ist, auf freiem Fuß belassen wurde, und betrachtet die Bundesregierung — bejahendenfalls — das geltende Recht zur Regelung der Untersuchungshaft noch als ausreichend und zweckmäßig?
65. Abgeordneter
Hansen
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung daran gehindert, rechtzeitig der französischen Regierung ein Auslieferungsersuchen für den mutmaßlichen Organisator des Attentats auf die israelische Olympiamannschaft in München, Abu Daud, zu stellen?
66. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, ob die mit Inkrafttreten des Gesetzes zur vereinfachten Abänderung von Unterhaltsrenten vorgesehene Anpassungsverordnung — wie vom Gesetzgeber beabsichtigt — in einem zeitlich engen Zusammenhang mit der im November 1976 erfolgten Erhöhung des Regelunterhalts aus dem Nichteheleichenrecht erfolgen wird, wann ist mit dem Erlaß der Rechtsverordnung zu rechnen, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um den Kreis der betroffenen unterhaltsberechtigten und unterhaltsverpflichteten Elternteile entsprechend zu informieren?
67. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Wird die Bundesregierung bei der Wiedereinbringung eines Gesetzentwurfs zur Neuregelung der elterlichen Sorge Anregungen der Deutschen Vereinigung für Kinder- und Jugendpsychiatrie für ein gestuftes System von rechtlichen Sanktionen der körperlichen Züchtigung von Kindern durch Eltern und Erziehungsberechtigte aufgreifen, um dem Kindeswohl und dem Kind als Träger von Grundrechten besser zu entsprechen und um gleichzeitig verbindliche Kriterien für die Rechtsprechung zu statuieren?

68. Abgeordneter
Blank
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung nicht rechtzeitig von der bayerischen Landesregierung gebeten wurde, ein förmliches Auslieferungsbegehren an die französische Regierung zu stellen, und hatte dies zur Folge, daß die Auslieferung des laut Haftbefehls des terroristischen Mordanschlags verdächtigen Abu Daud an die deutschen Justizorgane unterblieben ist?
69. Abgeordneter
Marschall
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts aktueller Gerichtsentscheidungen, für Vergewaltigung unter Eheleuten nicht einmal die Nötigungsvorschrift des § 240 StGB anzuwenden, eine Änderung des § 177 StGB, um das Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung, insbesondere bereits getrennt lebender Frauen, zu schützen?
70. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Wann ist damit zu rechnen, daß die im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages seitens der Bundesregierung zugesagten Einsparungen durch Wegfall mit der Auslegeschrift übereinstimmender Patentschriften verwirklicht werden (vgl. Nummer IV 1 D des schriftlichen Berichts des Rechtsausschusses, Drucksache 7/5179 vom 13. Mai 1976)?
71. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Wann erläßt die Bundesregierung die in § 23 Abs. 3 des Patentgesetzes vorgesehene Rechtsverordnung, welche die Öffnung des im Deutschen Patentamt betriebsbereiten EDV-Dokumentationssystems für die Wirtschaft ermöglicht?
72. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die geltende Fassung von § 859 Abs. 3 BGB, die dem Grundstücksbesitzer nur dann die Möglichkeit gibt, im Wege der Selbsthilfe gegen den widerrechtlich auf seinem Grundstück Parkenden vorzugehen und das Fahrzeug abschleppen zu lassen, wenn dies sofort nach dem Abstellen des Fahrzeugs geschieht, und ist die Bundesregierung bereit, dem Deutschen Bundestag den Entwurf einer Gesetzesänderung vorzulegen, die für die Frage der Rechtzeitigkeit der Ausübung des Selbsthilferechts nicht auf den Beginn der Besitzentziehung sondern auf den Zeitpunkt der Entdeckung der Besitzentziehung durch den Grundstückbesitzer abstellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

73. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung weiter an der Auffassung fest, daß zu den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung auch der fiktive Nutzungswert der eigenen Wohnung gehöre, und gegebenenfalls warum?

74. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU) Bestehen nach Meinung der Bundesregierung Gründe, die gegen die Beseitigung der Besteuerung des selbstgenutzten Wohnungseigentums bei Beibehaltung der Abschreibungsmöglichkeiten nach § 7 b sprechen, und gegebenenfalls warum?
75. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Wie hoch war der Staatsanteil, das ist der Teil des Bruttosozialprodukts, der über öffentliche Kassen ausgegeben wird, in den Jahren 1965 bis 1976, angegeben nach der Finanzstatistik und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung?
76. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Wie hoch wird der Staatsanteil voraussichtlich im Jahr 1977 sein?
77. Abgeordneter
Vogel
(Ennepetal)
(CDU/CSU) Welche Ergebnisse haben die von der Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage betreffend Föderation für Weltfrieden und Vereinigung (Mun-Sekte), Drucksache 7/5716, angekündigten, in Verbindung mit den zuständigen Landesbehörden anzustellenden Prüfungen der Frage gehabt, ob die Föderation und die mit ihr verbundenen Organisationen möglicherweise ungerechtfertigt steuerliche Vergünstigungen in Anspruch nehmen?
78. Abgeordneter
Vogel
(Ennepetal)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung zu der Überprüfung auch einschlägige Entscheidungen von US-Gerichten beigezogen (z. B. Westchester County District Court), und wenn nein, ist sie bereit, das unverzüglich zu tun?
79. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung den Freibetrag von 100 DM für Weihnachtzuwendungen bei der Lohn- und Einkommensteuer noch für angemessen, und wird sie dazu eine verbesserte Regelung vorlegen?
80. Abgeordneter
Dr. Kreile
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung im Hinblick auf die im Beschluß des Bundesfinanzhofs vom 16. September 1976 — VB 74/75 — zum Ausdruck gekommenen Zweifel eine Änderung des Umsatzsteuergesetzes dergestalt vorschlagen, daß durch eine gesetzliche Einzelregelung oder im Wege einer Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung sichergestellt wird, daß den Regelungen zur Abrechnung vermittels Gutschriften eine abgestimmte Regelung des Vorsteuerabzugs entspricht?
81. Abgeordneter
Dr. Kreile
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung auch die vom Bundesfinanzhof in dem erwähnten Beschluß aufgeworfene Frage prüfen, inwieweit die Vorschrift des § 14 Abs. 3 UStG einzubeziehen ist, deren Anwendung nach der Auffassung des Bundesfinanzhofs im Gutschriftverfahren derzeit wegen der unzureichenden Rechtsregelung völlig ausgeschlossen ist?

82. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD) Treffen Behauptungen zu, daß ein bestimmter Kreis von Journalisten über die dieser Berufsgruppe zustehenden steuerlichen Abzugsmöglichkeiten hinaus besondere steuerliche Begünstigungen erfährt, und wenn ja, kann die Bundesregierung erläutern, seit wann und in welchem Maße dies zutrifft?
83. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD) Kann die Bundesregierung gegebenenfalls auch erläutern, wie das angeführte Privileg begründet wird und ob es bald beseitigt werden wird?
84. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, für den Bereich der Landwirtschaft steuerliche Änderungen durchzuführen, und wenn ja, an welche sind gedacht, und wie schätzt die Bundesregierung deren Folgen für kleinere und mittlere Betriebe ein?
85. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD) Treffen Pressemeldungen zu, nach denen der Bundesverband deutscher Banken die Ansicht geäußert hat, daß über kurz oder lang eine Gebührenerhöhung für Girokonten unvermeidbar sei, wenngleich im „Augenblick“ nicht daran gedacht würde, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls gegen derartige Pläne zu unternehmen?
86. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Warum hat die Bundesregierung den nach § 56 EStG bis zum 1. Januar 1977 zu erstellenden Tarifbericht nicht fristgemäß vorgelegt?
87. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung ihre Pflicht gegenüber dem Parlament erfüllen?
88. Abgeordneter
Dr. Klepsch
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß ein wesentlicher Grund für die bisher unzulängliche Ausschöpfung der allgemeinen Zollpräferenzen der EG in der Kompliziertheit des EG-Präferenzsystems liegt und daß folglich eine Vereinfachung dieses Systems schnell zu einer besseren Ausschöpfung der Vorteile führen könnte, und wenn ja, welche Schritte wird die Bundesregierung auf Grund dieser Beurteilung unternehmen?
89. Abgeordneter
Dr. Klepsch
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, bei der Erörterung der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Verordnung „zur Errichtung einer europäischen Agentur für handelspolitische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern“, die u. a. der besseren Ausnutzung der allgemeinen Zollpräferenzen durch Information über die Funktionsweise dieses Systems dienen soll, im Ministerrat eine Vereinfachung des Präferenzsystems zur Sprache zu bringen?

90. Abgeordneter
Dr. Klepsch
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung weiter bereit, den o. a. Vorschlag der Kommission dann abzulehnen, wenn sich ergibt, daß der mit ihm verbundene Aufwand nicht zu einem angemessenen Ergebnis führt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

91. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in einer zunehmenden Zahl von Kompensationsgeschäften zwischen deutschen Unternehmen und den Staatshandelsländern der Import von Konsumgütern zu Preisen vereinbart wird, die erheblich unter den Selbstkosten der konkurrierenden inländischen Erzeugnisse liegen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß regelmäßige Kompensationsgeschäfte dieser Art als ein Verdrängungswettbewerb mit Dumpingpraktiken bewertet werden müssen, und daß deshalb Abwehrmaßnahmen insbesondere zum Schutz der betroffenen mittelständischen Industrie vorzubereiten sind?
92. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dem Verlust von Produktion und Absatz von Polyamidfilamentgarntextil (Perlonseide), der sich u. a. mit der Aufgabe der Produktion bei der Bayer-Werke AG und dem für 1977 zu befürchtenden Wegfall von 1000 Arbeitsplätzen im Werk Dormagen niederschlägt, entgegenzuwirken?
93. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Berichte, daß seit 1972 ein internationales Urankartell, das unter anderem die Erhöhung des Preises pro Pfund Uran von 6 US-Dollar im Jahr 1972 auf heute 40 US-Dollar bewirkt haben soll, besteht, welche Auswirkungen sieht sie hierdurch auf die Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland, und wie gedenkt sie, die Bundesrepublik Deutschland vor den negativen Folgen dieses Kartells zu schützen?
94. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Hat die Bundesregierung eine Untersuchung der Frage veranlaßt, ob an diesem Urankartell auch deutsche Unternehmen direkt oder indirekt teilnehmen, liegen ihr hierüber gegebenenfalls schon Ergebnisse vor, oder wird sie noch eine entsprechende Maßnahme in die Wege leiten?
95. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Ist seitens der Bundesregierung sichergestellt, daß sie in Ansehung des im Juni 1976 unterzeichneten wettbewerbspolitischen Kooperationsabkommens zwischen den Regierungen der USA und der Bundesrepublik Deutschland sofortigen und umfassenden Einblick in die dort

- in diesem Zusammenhang schon laufenden Antitrustuntersuchungen erhält und daß bei der Aufdeckung und Bekämpfung des Kartells eng zusammengearbeitet wird?
96. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Wird die Bundesregierung bei der EG auf die Untersuchung des dringenden Verdachts hinwirken, daß an dem Urankartell multinational operierende Unternehmen aus anderen EG-Mitgliedstaaten teilnehmen, und wird sie auf nationale sowie EG-Gegenmaßnahmen dringen?
97. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die italienische Regierung im Rahmen ihrer Politik zusätzlicher Industriean-siedlungen in bestimmten Regionen 240 000 Tonnen Textilfaserkapazitäten aufbaut, obwohl einer bestehenden Kapazität von 4,3 Millionen Tonnen in der Europäischen Gemeinschaft 1975 nur eine Produktion von 2,5 Millionen Tonnen gegenüberstand, was deutsche Firmen zwingt, über einen Kapazitätsabbau nachzudenken, weil für niederländische Fertigungsstätten Massententlassungen nicht zu verwirklichen sind, und hat die Bundesregierung im Rahmen der Kreditverhandlungen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt war, darauf hingewirkt, daß die wettbewerbsverzerrenden italienischen Förderungsmaßnahmen eingestellt werden?
98. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung mittlerweile unternommen, die vom Bundeskanzler auf Wahlveranstaltungen im Wahlkreis Schweinfurt gemachten Versprechungen zu verwirklichen, für den Schutz der Wälzlagerindustrie in Deutschland gegenüber japanischen Dumpingpraktiken zu sorgen, und welche Haltung wird die Bundesregierung in dieser Frage zukünftig einnehmen?
99. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß — wie im „Handelsblatt“ vom 30. November 1976 unter der Überschrift „Das Energiesparen ist viel zu teuer — Widersprüche des Energieeinsparungsgesetzes“ dargelegt — die vom Energieeinsparungsgesetz vorgeschriebene Verwirklichung von mehr Wärmeschutz zu der paradoxen Situation führen würde, daß gegen dieses Gesetz verstoßen würde, da die Mehrkosten für zusätzliche Baumaterialien und technische Einrichtungen höher wären, als zu erwartende Einsparungen bei den Heizkosten, und wenn ja, welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen?
100. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, in absehbarer Zeit eine Novelle zum Energieeinsparungsgesetz vorzulegen, in der die Erfahrungen mit diesem Gesetz berücksichtigt sind?

101. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Treffen Zeitungsberichte zu, daß nach Unterlagen des Bundeswirtschaftsministeriums der Strom aus den jetzt in Bau gehenden Kernkraftwerken nach 1980 spürbar billiger als Steinkohlestrom sein wird, und wie hoch ist dieser geschätzte Kostenvorteil pro Kilowattstunde?
102. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um der Auffassung entgegenzutreten, ein integriertes Rohstoffprogramm mit einem gemeinsamen Fonds sei hinsichtlich der zehn wichtigsten Rohstoffe praktisch schon unabwendbar, und welche Argumente setzt die Bundesregierung den Behauptungen der Befürworter einer solchen Politik entgegen, der deutsche Anteil an dem gemeinsamen Fonds werde zunächst höchstens 50 Millionen Dollar betragen?
103. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU)
- Welche Industrieansiedlungen sind durch die Unterstützung des Bundeskanzlers persönlich und anderweitige Bemühungen der Bundesregierung in Berlin ermöglicht worden?
104. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß zur Finanzierung der Pflichtvorräte an Erdöl die Schaffung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erwogen wird, deren Tätigkeit künftig durch Erhebung eines zusätzlichen „Olpfennigs“ sichergestellt werden soll, und wenn ja, von welchen Überlegungen läßt sich die Bundesregierung hierbei leiten?
105. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU)
- Kennt die Bundesregierung die Erfahrungen, die die Regierung der Vereinigten Staaten mit der von ihr verfolgten Praxis gemacht hat, die Namen derjenigen Firmen zu veröffentlichen, die sich arabischen Boykottandrohungen beugen, und wenn ja, welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus für eine Politik des abgestimmten Verhaltens der westlichen Industrieländer?
106. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung ein Artikel (aus der Süddeutschen Zeitung vom 5./6. Januar 1977) des renommierten Wirtschaftsjournalisten Dr. Walter Slotosch bekannt, in dem von einer möglichen Erwerbslosigkeit in den nächsten zehn Jahren von 2,5 bis 3 Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland die Rede ist, wenn nicht grundlegende neue Überlegungen zur Investitionspolitik angestellt werden, und ist die Bundesregierung bereit, daraus Konsequenzen zu ziehen, und was wird sie gegebenenfalls tun, um vor allem die Investitionstätigkeit und die Innovationstätigkeit im mittelständischen Bereich zu verbessern?

107. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, daß die Bundesregierung ein Investitionsprogramm vorbereitet, das der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur dienen und im Bedarfsfall abgerufen werden soll, und kann die Bundesregierung schon jetzt genaue Angaben darüber machen, für welche Bereiche diese Maßnahme zu erwarten ist, um den Gemeinden und Gemeindeverbänden den Anreiz zu geben, im Bereich des Umweltschutzes, der Wasserversorgung oder Erschließung von Verkehrswegen Schubladenprojekte anzufertigen, und wird die Bundesregierung darauf achten, daß diese Mittel bevorzugt in wirtschaftsschwachen Gebieten eingesetzt werden?
108. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Wie hat sich die Einführung des Gesetzes über die weitere Sicherung des Einsatzes von Gemeinschaftskohle in der Elektrizitätswirtschaft (Drittes Verstromungsgesetz) nach Meinung der Bundesregierung bewährt, welche Mengen an Kohle wurden dadurch zusätzlich von den EVU's zur Stromerzeugung abgenommen, und wie und in welcher Höhe sind die Mittel der Abgabe nach dem sogenannten „Kohlepfennig“ vergeben worden?
109. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu Vorhaltungen aus Kreisen der bayerischen Staatsregierung ein, wonach Bayern seit Schaffung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ständig schlechter berücksichtigt worden sei?
110. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD)
- Wäre bei einer Änderung der Kriterien der Gemeinschaftsaufgabe und einer Reduzierung der Fördergebiete sichergestellt, daß alle bisher geförderten Gebiete Bayerns in der Förderung verbleiben?
111. Abgeordneter
Lücker
(CDU/CSU)
- Warum ist es bislang dem Bundeswirtschaftsminister nicht gelungen, eine endgültige Liberalisierung der Ungarn-Importe, sowie eine zufriedenstellende Einigung mit den jugoslawischen Partnern zu erlangen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

112. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu den Problemen, denen sich die Nebenerwerbslandwirte gegenüber sehen, die einen Teil des zunehmend größer werdenden harten Kerns längerfristig Arbeitsloser bilden und denen wegen ihres landwirtschaftlichen Eigentums kein Anspruch auf Arbeitslosenhilfe zuerkannt wird,

und wie sollen die davon Betroffenen ihren Lebensunterhalt bestreiten, wofür die Erträge der Nebenerwerbswirtschaft schon bisher nicht ausreichen?

113. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)

In welchen konkreten Maßnahmen bestehen die in der Antwort der Bundesregierung auf meine Frage von Ende Oktober erwähnten „anderen Maßnahmen“, die als Ersatz für die abgelehnte Freistellung von der Mitverantwortungsabgabe für die Bergbauern gedacht sind, und ist die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß auch die Milcherzeuger im württembergischen Allgäu, die größtenteils nicht zum Bergbauerngebiet gehören, ebenfalls ohne Alternativen zur Milchproduktion und unter erschwerten Bedingungen arbeiten müssen, bereit, solche Ersatzmaßnahmen auch auf diese Milcherzeuger zu erstrecken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

114. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch den Wegfall der elternunabhängigen Förderung von berufsvorbereitenden Maßnahmen auf Grund des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (Neufassung des § 40 Abs. 1 des Arbeitsförderungsgesetzes) einer wachsenden Zahl von nicht berufsreifen Haupt- und Sonderschulabgängern der Besuch von Berufsförderungslehrgängen unmöglich geworden ist, und beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der heute herrschenden Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen ohne Berufsausbildung, mit Sondermaßnahmen (z. B. Heraufsetzung des Freibetrags für elterliche Einkommen) die berufsvorbereitenden Maßnahmen wieder finanziell so abzusichern, daß allen auf diese Weise bildungsfähigen Jugendlichen der Eintritt ins Arbeits- und Berufsleben ermöglicht werden kann?

115. Abgeordneter
Wendt
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, durch verstärkte Vermittlungsbemühungen der Arbeitsverwaltung — etwa verstärkten Außendienst — zu einer Senkung der Arbeitslosenziffern zu kommen, wie dies beispielsweise im Arbeitsamtsbezirk Sundern mit einer Arbeitslosenquote von 0,4% geschieht?

116. Abgeordneter
Leicht
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung aus der von ihr vorgesehenen Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung auf 3400 DM ein Beitragsmehraufkommen von etwa 2½ Milliarden DM

- jährlich erwartet, und ist bei dieser Schätzung davon ausgegangen, daß die bisherigen Versicherten, die mehr als 2550 DM monatlich verdienen, auch nach Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung bleiben?
117. Abgeordneter
Leicht
(CDU/CSU)
- Schließt die Regierung für den Fall, daß als Folge der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze ab 1. Juli 1977 eine erhebliche Zahl von Versicherten die gesetzliche Krankenversicherung verlassen und in eine private Krankenversicherung eintreten, eine Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Krankenkasse aus?
118. Abgeordneter
Leicht
(CDU/CSU)
- Schließt die Regierung aus, daß als Folge der vorgesehenen Senkung der Zuschüsse der Träger der Rentenversicherung für die Krankenversicherung der Rentner auch die Beitragsätze zur Krankenversicherung erhöht werden?
119. Abgeordneter
Leicht
(CDU/CSU)
- Welche Folgen hat die Verringerung der Zuschüsse der Träger der Rentenversicherung an die Krankenversicherung der Rentner für diejenigen Rentner, die von der Befreiungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung durch Eintritt in die private Krankenversicherung oder durch freiwillige Versicherung Gebrauch gemacht haben und die unmittelbar einen Beitragzuschuß (ab 1. Januar 1977 von 145 DM) erhalten?
120. Abgeordneter
Dr. Althammer
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Vertreterversammlung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte als höchstes Gremium einstimmig von der Bundesregierung die Begleichung aller ihrer Schulden gegenüber der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte verlangt hat, und wie rechtfertigt die Bundesregierung angesichts dessen ihre früheren auf meine Anfragen gegebenen Auskünfte, daß eine Notwendigkeit dafür nicht ersichtlich sei?
121. Abgeordneter
Ziegler
(CDU/CSU)
- Wie hoch waren die Beitragseinnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung in den einzelnen Monaten dieses Jahrs absolut und im Verhältnis zu den entsprechenden Einnahmen des Vorjahrs?
122. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für sinnvoll und mit dem Gleichheitssatz vereinbar, daß ausländische Arbeitnehmer aus Nicht-EWG-Ländern, die mit einer Deutschen verheiratet sind, keine Arbeitsgenehmigung erhalten, wodurch dann oft die Ehefrau den Unterhalt der Familie bestreiten muß, und wenn nein, welche Folgen werden sich daraus ziehen?

123. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, daß koreanische Krankenschwestern mit Dreijahresverträgen, die nicht verlängert werden, in Deutschland arbeiten und diese Schwestern nach Ablauf der Verträge keine Arbeitsmöglichkeiten mehr haben, sondern Arbeitslosengeld beziehen, und wenn nein, welche Folgen wird sie daraus ziehen?
124. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Welche finanziellen Mittel hat die Bundesregierung im Jahr 1976 (einschl. Bundestagswahlkampf) aufgewandt, um die Öffentlichkeit über die Lage der Rentenversicherung zu informieren?
125. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) In welcher Weise und zu welchem Umrechnungskurs werden Kriegsofferrenten an Berechtigte in der CSSR bezahlt?
126. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU) Welches ist das Ergebnis der ersten Kabinettsitzung dieses Jahrs, die am 5. Januar 1977 unter Vorsitz des Bundesarbeitsministers Dr. Ehrenberg in nur vier Minuten „zügig und schnell“ abgewickelt wurde und auf deren Tagesordnung nach Angaben des Regierungssprechers Grünewald nichts stand, was hätte beschlossen werden müssen?
127. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU) Sieht auch die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen der Feststellung des Bundeskanzlers in seiner Ansprache zum Jahreswechsel 1976/1977 „Wir haben Probleme. Das Schwierigste darunter ist nach wie vor die Arbeitslosigkeit, die wir entschieden und mit allen Mitteln bekämpfen müssen.“ und dem Tatbestand, daß die vom neuen Bundesarbeitsminister Dr. Ehrenberg in Anwesenheit der zuständigen Staatssekretäre geleitete erste Kabinettsitzung dieses Jahrs nur vier Minuten dauerte und die am selben Tag von der Bundesanstalt für Arbeit bekanntgegebene neueste Arbeitsmarktentwicklung mit 1 089 900 Arbeitslosen, 213 800 Kurzarbeitern und 186 000 offenen Stellen per 31. Dezember 1976 nicht einmal zur Kenntnis genommen wurde, und wenn ja, wie gedenkt die Bundesregierung den Bürgern unseres Landes diesen Widerspruch zu erklären?
128. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Reichen nach Ansicht der Bundesregierung die Mittel und Sanktionen des geltenden Betriebsverfassungsrechts aus, um ein Unternehmen zu zwingen, einen Betriebsrat zuzulassen, oder welche Gesetzesinitiative wird die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen?

129. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, durch gesetzliche oder andere Maßnahmen darauf hinzuwirken, daß Organspendern die mit der Organspende verbundenen Arzt- und Krankenhauskosten in allen Fällen erstattet werden, und wann ist gegebenenfalls mit solchen Maßnahmen zu rechnen?
130. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg, in der dargelegt wird, daß eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit um ein Prozent einen zusätzlichen Arbeitskräftebedarf von rund 250 000 Personen zur Folge haben würde, bzw. wie steht sie allgemein zu der Frage, die Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung wiederzuerlangen?
131. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, durch eine Novellierung des Mitbestimmungsgesetzes den von Prof. Michael Kittner in der Frankfurter Rundschau vom 22. Dezember 1976 vorgebrachten Vorschlag zu realisieren, die volle Mitbestimmung des Betriebsrats bei Kündigungen zu verankern?
132. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- Wie viele Zivildienstleistende haben bisher ihren Dienst in den Sportorganisationen abgeleistet, und wie beurteilt die Bundesregierung die gewonnenen Erfahrungen?
133. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Tätigkeit von Zivildienstleistenden auch in den Sportorganisationen noch mehr als bisher zu fördern und dabei die Aufmerksamkeit besonders auf die Bereiche zu richten, wo der Sport als Beitrag zur Lebenshilfe von besonderer Bedeutung ist?
134. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang die Rentenversicherungsträger ihre Rücklagen im sozialen Wohnungsbau eingesetzt haben und zu welchen Zinssätzen und welche Folgen die Abschmelzung der gesetzlichen Rücklagen auf einen Monat und der daraus sich ergebende Rückzug der Rentenversicherungsträger aus dem sozialen Wohnungsbau für die Miethöhen der nach dem sozialen Wohnungsbau errichteten Wohnungen haben würde?
135. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesanstalt für Arbeit veranlaßt, über andere Lösungen des Beschäftigungsproblems nachzudenken, die auf eine Umverteilung und Verwaltung des Mangels hinauslaufen, statt der Bundesregierung zu empfehlen, die erforderlichen Maßnahmen für die Schließung der Investitionslücke in Gestalt eines Abbaus übermäßiger Belastung zu treffen, die für die mangelnde Investitionsfähigkeit und -bereitschaft in entscheidendem Maße verantwortlich ist?

136. Abgeordneter
Krockert
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, bei der beabsichtigten Einführung von Rezeptgebühren für Rentner so zu differenzieren, daß bei Rentnern mit Dauerleiden nicht erhebliche Teile der Rente allein für diesen Zweck verbraucht werden?
137. Abgeordneter
Ziegler
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung unter Berücksichtigung der auf eine Legalisierung sogenannter Warnstreiks hinauslaufenden Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, die eine Sanktion durch Entlassung ausdrücklich untersagt, die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung der Tarifvertragspartner im Arbeitskampfrecht noch für gegeben, und zu welchen Überlegungen gibt dies der Bundesregierung Anlaß?
138. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die von verschiedenen Seiten vorgebrachten Prognosen von einem bleibenden „Sockel“ von 500 000 Arbeitslosen bis 800 000 Arbeitslosen, oder sieht sie in den eingeleiteten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen eine ausreichende Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit weiter abzubauen?
139. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Entsprechen die in einer Sonntagszeitung vom 9. Januar 1977 veröffentlichten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeitsforschung und Unfallschutz in Dortmund, daß vierhunderttausend Pensionäre aus dem öffentlichen Dienst, von denen keiner unter 2500 DM im Monat bezieht, und die zum Teil in Staatswohnungen zwischen 200 DM und 400 DM Miete leben, feste Arbeitsverhältnisse in der Wirtschaft haben, den Tatsachen, und wenn ja, welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu welchem Zeitpunkt, um angesichts einer Million Arbeitsloser diesen Mißstand zu beseitigen?
140. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Wie hat sich der kostendeckende Zuschuß des Bundes zur Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Altenteiler je Person vom Inkrafttreten des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte bis jetzt entwickelt?
141. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, ihren Standpunkt zum Beitragszuschuß für privatkrankenversicherte Altenteiler im Hinblick auf sein zu erwartendes Absinken infolge der geplanten Reduzierung der Leistungen der Rentenversicherung für die Krankenversicherung der Rentner zu überprüfen?
142. Abgeordneter
Schmidt
(Wuppertal)
(CDU/CSU)
- Wieviel Beschäftigungsstellen für Wehrdienstverweigerer standen 1976 zur Verfügung, und wieviel dieser Stellen sind davon besetzt worden, und wenn die Zahl der Beschäftigungsstellen die Zahl der Wehrdienstverweigerer übersteigt — welche Maßnahmen können

nach Ansicht der Bundesregierung zur Besetzung getroffen werden, bzw. wenn die Zahl der Wehrdienstverweigerer die Zahl der Beschäftigungsstellen übersteigt — wie kann die Zahl der Beschäftigungsstellen vermehrt werden?

143. Abgeordneter
Schmidt
(Wuppertal)
(CDU/CSU)
- Wenn die Zahl der Beschäftigungsstellen ausreichend ist, von der Zahl der Wehrdienstverweigerer aber übertroffen wird — woran liegt es, daß nicht sämtliche Beschäftigungsstellen zügig besetzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

144. Abgeordneter
Fellernaier
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Verwaltungsakt aufzuheben, demzufolge die Angehörigen der kürzlich im Landkreis Günzburg durch einen Flugzeugabsturz der Luftwaffe tödlich verunglückten fünf Soldaten das Weihnachtsgeld zurückzahlen müssen, und ist sie weiterhin bereit, im Wege einer Härtefallregelung den betroffenen Angehörigen unverzüglich und unbürokratisch das Weihnachtsgeld zu gewähren?
145. Abgeordneter
Fellernaier
(SPD)
- Falls die Bundesregierung die Frage 144 verneinen sollte, ist sie dann bereit, das Weihnachtsgeld in die Schadensausgleichssumme miteinzubeziehen?
146. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU)
- Wie weit ist die Entscheidung betreffend einer Einrichtung einer Ausbildungswerkstatt für den Ausbildungsberuf des Flugzeugmechanikers / Hubschraubermechanikers auf dem Heeresflugplatz Mendig gediehen?
147. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU)
- Läßt die Ausrüstung der in Mitteldeutschland liegenden sowjetischen Truppen auf eine defensive oder auf eine offensive Ausrichtung der sowjetischen Strategie gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa schließen?
148. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß — wie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung berichtet — im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Führungswechsel in der Bundeswehrführungsakademie „mehr Demokratisierung in der Akademie“ angestrebt werden soll?
149. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)
- Hat es in der Bundesregierung Meinungsverschiedenheiten gegeben, wonach der gegenwärtige Kommandeur der Akademie „höchstens noch bis Herbst 77 gehalten“ werden könne?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

150. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß bislang gemäß § 10 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes eine bundeseinheitliche Hygieneverordnung nicht erlassen wurde?
151. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Bis zu welchem Zeitpunkt gedenkt die Bundesregierung, die genannte Rechtsverordnung zu erlassen, und ist sie in diesem Zusammenhang bereit, insbesondere hinsichtlich der Frage des kombinierten Transports von flüssigen Lebensmitteln und Chemikalien in Straßentankwagen eine eindeutige Klarstellung herbeizuführen?
152. Abgeordneter
Egert
(SPD) Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung bezüglich der in der letzten Zeit verstärkt aufgetretenen Hinweise auf Rückstände von Schwermetallen (z. B. Cadmium und Quecksilber) in Lebensmitteln tierischer und pflanzlicher Herkunft, und welche Schlüsse zieht sie daraus, um die hiervon ausgehenden Gesundheitsgefahren für den Verbraucher zu beseitigen?
153. Abgeordneter
Egert
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die nach Verabschiedung des neuen Arzneimittelrechts gesetzlich erreichte Verbesserung der Arzneimittelsicherheit durch eine vergleichbare Verbesserung der Arzneimittelüberwachung von auf dem Markt ausgebotenen Präparaten abzusichern, und welche Maßnahmen im organisatorischen und institutionellen Bereich ist sie hierzu bereit zu ergreifen?
154. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU) Welche Bestimmungen wird die Bundesregierung in der auf der Ermächtigungsgrundlage des § 10 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes zu erstellenden bundeseinheitlichen Lebensmittelhygieneverordnung vorsehen, um den Verbraucher vor der Verunreinigung von Lebensmitteln, die im Freien, insbesondere an Straßen mit dichtem Autoverkehr, angeboten werden, zu schützen?
155. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Bestimmungen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes zu ändern, oder sieht sie andere Möglichkeiten, um der Lage Rechnung zu tragen, in der sich viele Krankenhäuser befinden, insbesondere auch die Krankenhäuser der freien gemeinnützigen Träger?

156. Abgeordnete
**Frau
Schleicher**
(CDU/CSU)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung z. B. den Ausschluß des Arzneimittels Webe Mugos, über das zahlreiche unbestrittene Publikationen über Erfolge bei der Behandlung von Krebs und akuter Pankreasentzündungen vorliegen sollen, und wie verantwortet die Bundesregierung dies mit der dem neuen Arzneimittelrecht zugrundeliegenden Auffassung, daß Arzt und Patient in der Entscheidung über Heilverfahren und Arzneimittel frei sein sollen?
157. Abgeordnete
**Frau
Schleicher**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bemühungen der britischen Kronkolonie Hongkong um die Heilung und Rehabilitierung von Rauschgiftsüchtigen inzwischen weltweites Interesse gefunden haben, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung getan, um diese Erfahrungen für Deutschland nutzbar zu machen?
158. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das bei der Herstellung von Chemikalien, Kunststoffen und Pflanzenschutzmitteln anfallende Hexachlorbenzol in der Natur kaum abgebaut wird und deshalb in den USA wegen seines möglicherweise krebserregenden und auch sonst gesundheitsschädlichen Charakters die Anwendung verboten werden soll, und welche Erkenntnisse geben in der Bundesrepublik Deutschland zu welchen Maßnahmen Anlaß?
159. Abgeordneter
Blank
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Befragungsaktionen wie die der Illustrierten „Stern“ in der Ausgabe Nummer 4 „Ist Ihr Herz in Gefahr“, und wird sie unter dem Gesichtspunkt der Gesundheits- und Datensicherung Konsequenzen daraus ziehen?
160. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Umweltgefährdung durch Hexachlorbenzol (HCB) vor, und wenn ja, worin bestehen diese?
161. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)
- In welchen Pflanzenschutzmitteln kommt Hexachlorbenzol überwiegend zur Anwendung?
162. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Sind Presseinformationen zutreffend, daß ein waschaktiver und umweltfreundlicher Stoff entwickelt wurde, der die Phosphate in den modernen Waschmitteln, die zur Eutrophierung der Gewässer wesentlich beitragen, ersetzen kann, und wenn ja, welche Maßnahmen wird die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen und dabei die Bestimmungen des Waschmittelgesetzes beachten, damit dieser umweltfreundliche Stoff in den modernen Waschmitteln verwendet wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

163. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wie ist der Stand der Planungen der Deutschen Bundesbahn für die Schnelltrasse Mannheim—Basel, insbesondere im Raum Rastatt, und steht dabei, wie vom Regionalverband Mittlerer Oberrhein vorgeschlagen, auch eine linksrheinische Trassenführung zur Diskussion?
164. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU) Wann gedenkt die Bundesregierung, die Rechtsverordnung nach § 43 des am 1. April 1974 in Kraft getretenen Bundes-Immissionschutzgesetzes zu erlassen, deren Vorbereitung bereits im August 1975 in der westdeutschen Presse publiziert worden ist?
165. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß beabsichtigt ist, in der Rechtsverordnung die Grenzwerte des zumutbaren Lärmaufkommens für neue und wesentlich geänderte Verkehrsanlagen erheblich höher festzusetzen, als die aus medizinischer Sicht geforderten Grenzwerte?
166. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wieviel ist aus dem Bundeshaushaltsplan 1976 für Straßenbaumaßnahmen, für Bundesautobahnen und Bundesstraßen in Nordrhein-Westfalen in 1976 nicht verbaut worden, und ist gegebenenfalls ein Teil dieser finanziellen Mittel für Straßenbaumaßnahmen in Nordrhein-Westfalen für 1977 vorgesehen, wenn ja, in welcher Höhe?
167. Abgeordneter
Dr. Arnold
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die (nach Angaben der Bundesanstalt für Flugsicherung) erheblich gestiegene Zahl der Beinahezusammenstöße im Luftraum, insbesondere im Gebiet Düsseldorf und Köln/Bonn, zu verringern?
168. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Ist die Zusage der Bundesregierung an die Internationale Zivillugfahrt-Organisation (ICAO) rechtlich zwingend, die deutschen Verkehrsflughäfen mit den bodenseitigen Voraussetzungen zur Einführung der Betriebsstufe II (Richtlinien des Bundesverkehrsministeriums vom 15. November 1972) für den Verkehrsflughafen Stuttgart-Echterdingen zu versehen?
169. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Sind die ICAO-Sicherheitsregeln zwingend für die Flugsicherheit auf den deutschen Verkehrsflughäfen?
170. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Sind die nationalen Vorschriften zur Flugsicherheit schärfer als die ICAO-Sicherheitsregeln?

171. Abgeordneter
Zebisch
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Forderung des Bayerischen Städteverbands, die Entscheidung über den die Entschädigungspflicht nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz auslösenden Dauerschallpegel in der Straßenlärmchutzverordnung bald zu regeln, bekannt, und bis wann ist mit der Vorlage dieser Verordnung zu rechnen?
172. Abgeordneter
Zebisch
(SPD)
- Wird die Bundesregierung der Forderung des Bayerischen Städteverbands entsprechen, die mögliche Lärmbekämpfung an der Lärmquelle zu forcieren und neben der Straßenlärmchutzverordnung eine Verordnung vorlegen, die z. B. die Fahrzeughersteller verpflichtet, durch geeignete Vorkehrungen die Entstehung von Lärm durch und an Kraftfahrzeugen einzudämmen?
173. Abgeordneter
Damm
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Bundesanstalt für Flugsicherung, daß der Luftverkehr oberhalb der Flugfläche 100 (3000 m) durch das im Herbst 1975 vorgenommene Sichtflugverbot oberhalb 3000 m und die im Mai dieses Jahres eingeführte räumliche und zeitliche Reservierung von Lufträumen für den militärischen Luftverkehr erheblich sicherer geworden ist, daß insbesondere die gefährlichen Begegnungen von Luftverkehrsmaschinen mit Militärflugzeugen stark zurückgegangen sind?
174. Abgeordneter
Damm
(CDU/CSU)
- Trifft es ferner zu, daß in dem Luftraum von 0 m bis 3000 m, wo sowohl kontrollierter Instrumenten- als auch unkontrollierter Sichtflugverkehr stattfindet, die zunehmenden gefährlichen Begegnungen im Jahr 1976 überwiegend zwischen zivilen Flugzeugen (also ohne Beteiligung von Militärmaschinen) vorgekommen sind, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die Sicherheit des Luftverkehrs im Luftraum bis zu 3000 m zu erhöhen?
175. Abgeordneter
Damm
(CDU/CSU)
- Gehört zu den Maßnahmen, die die Bundesregierung möglicherweise ins Auge faßt, eine Rücknahme ihrer Entscheidung aus dem Jahr 1973, in den Flugsicherungsbereichskontrollen ziviles und militärisches Flugsicherungspersonal zusammenarbeiten zu lassen, oder wird die Bundesregierung das Programm von 1973 vielmehr zu Ende führen, weil sie im Gegensatz zu manchen Presseveröffentlichungen der letzten Zeit überzeugt ist, daß es der Sicherheit des Luftverkehrs dient, wenn zivile und militärische Fluglotsen Schulter an Schulter arbeiten?
176. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß die Deutsche Bundesbahn in ihren Tarifbestimmungen über Fahrpreisermäßigungen für kinderreiche Familien den gleichen

- Personenkreis erfaßt, dem auch nach dem Bundeskindergeldgesetz Kindergeld zusteht, und den Kreis der Berechtigten nicht auf „ledige“ Kinder zu beschränken?
177. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Wie ist der Sachstand, insbesondere nach einem von dem im Mai 1976 durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt veranlaßten Termin mit den Betroffenen, bezüglich der für den Bundeswehrstandort Wetzlar geplanten Verladerampe im Ortsteil Albshausen (ehemalige Gemeinde Bielhausen — heute Solms)?
178. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Bau einer Fußgängerunterführung im Rahmen der Stadtumgehung Herborn der B 277, wie er im ursprünglichen Planfeststellungsverfahren eingeplant war und im Interesse der Sicherheit von ca. 1800 Schülern der Comeniuschule und der Alsbachschule Herborn dringend erforderlich wäre?
179. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß die zum 1. Januar 1977 mit der kommunalen Neugliederung begründete Kündigung der Postschließfächer bei den Poststellen Klein-Gerau und Worfelden zurückgenommen wird, da die Poststellen personell auf dem gleichen Stand bleiben und der Bevölkerung ein Abholen der Post in Büttelborn nicht zugemutet werden sollte?
180. Abgeordneter
Seefeld
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich aus Anlaß der bevorstehenden ersten direkten Wahl zum Europäischen Parlament für die Herausgabe eines supranationalen Postwertzeichens in den neun Ländern der Europäischen Gemeinschaft einzusetzen?
181. Abgeordneter
Seefeld
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, wenn diese Bemühungen scheitern sollten, sich dafür einzusetzen, daß im Bereich der Deutschen Bundespost eine Briefmarke herauskommt, die auf das Ereignis der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament hinweist?
182. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Wann ist mit dem Baubeginn der B 44 im Bereich Riedstadt—Stockstadt zu rechnen, nachdem z. B. am 17. Dezember 1976 gegen 17.30 Uhr am Bahnübergang Dornheim—Wolfskehlen allein in Richtung Wolfskehlen 130 Personenkraftwagen warten mußten?
183. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Expreßgut- und Gepäckabfertigung im Bahnhof Willich 1 am Niederrhein wegen Unwirtschaftlichkeit geschlossen werden soll, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt soll die Abfertigung geschlossen werden, und welche detaillierten Gründe sprechen dafür?

184. Abgeordneter
Stahl
(Kempfen)
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, und welche Kriterien wären dafür entscheidend, die Frist auf Schließung der Expreßgut- und Gepäckabfertigung in Willich 1 bis zum 31. Dezember 1978 zu verlängern unter dem Gesichtspunkt, daß durch neu anzusiedelnde Wirtschaftsbetriebe im neu erschlossenen Gewerbegebiet Willich-West bis zu diesem Zeitpunkt mit einem wesentlich höheren Frachtaufkommen zu rechnen ist?
185. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn A 27 Bremen—Cuxhaven im Bereich des Driftseether Dammes Schutzplanken auf den Rampen des Bauwerks 7331 zu errichten sind, da dieses Bauvorhaben durch ein rein landwirtschaftliches Gebiet mit starker Viehhaltung geführt wird und anderenfalls eine erhebliche Unfallgefahr geschaffen wird, und wenn ja, wird die Bundesregierung entsprechende Maßnahmen veranlassen?
186. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Binnenschiffsverkehr zwischen West-Berlin und den angrenzenden Gebieten ausschließlich von „DDR“-Schiffen wahrgenommen wird, und was hat die Bundesregierung — bejahendenfalls — im Rahmen der Interzonenhandelsgespräche und sonstiger Verhandlungen unternommen, um diesen Wettbewerbsnachteil für die deutsche Binnenschifffahrt zu beseitigen?
187. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung, nachdem die Deutsche Bundespost wieder Gewinne erwirtschaftet, unternommen, um die postalische Versorgung des flachen Landes, insbesondere die Ausstattung kleinerer Orte mit öffentlichen Fernsprechkabellen, zu verbessern, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß jeder Ort wenigstens mit einer öffentlichen Fernsprechkabellung ausgestattet sein sollte?
188. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, in der nach § 43 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes von 1974 zu erlassenden Rechtsverordnung zu bestimmen, daß eine zur Überschreitung der Immissionsgrenzwerte führende „wesentliche Änderung öffentlicher Straßen“ nicht nur in baulichen, sondern auch in Verkehrslenkungsmaßnahmen bestehen kann, die eine dauernde Änderung der Verkehrsbelastung verursachen, und wann wird die Bundesregierung diese Rechtsverordnung erlassen und damit die Unsicherheit der Rechtslage bei der Planung öffentlicher Straßen beenden?

189. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit zu erwägen, mit Bundesmitteln kommunale bauliche Lärmschutzmaßnahmen an öffentlichen Straßen im Rahmen eines Investitionsförderungsprogramms zu bezuschussen, um die nach wie vor kritische Lage der Bauwirtschaft zu bessern bzw. dringende Lärmschutzmaßnahmen der Gemeinden in der Zeit bis zum Erlaß einer Rechtsverordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz von 1974 zu ermöglichen?
190. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Treffen Zeitungsberichte vom September 1976 über Äußerungen von Staatssekretär Haar zu, daß das Bundesverkehrsministerium die Konzeption, die Neckar—Alb-Autobahn aus den Dringlichkeitsstufen zu streichen und die dadurch freiwerdenden Mittel für die Bauvorhaben B 312 von Untertürkheim bis Waiblingen, der B 29 ab Großheppach und der B 14 ab Waiblingen einzusetzen, grundsätzlich bestätigt und bei zukünftigen Planungen mit einem erheblichen Stellenwert berücksichtigen wird?
191. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Zu welchem Zeitpunkt erwartet die Bundesregierung nunmehr die — in ihrer Antwort vom 7. Oktober 1976 auf meine parlamentarische Anfrage angekündigte, aber noch nicht erfolgte — verbindliche Äußerung der niederländischen Regierung über den Trassenverlauf der A 30 (E 8) westlich der deutsch-niederländischen Grenze und den Grenzübergangspunkt, und wie beurteilt sie die neuerliche Verzögerung?
192. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um nunmehr endgültig eine schnelle Entscheidung der niederländischen Regierung im Sinne der — wie von der Bundesregierung mehrfach erklärt — aus deutscher Sicht einzig vertretbaren Grenzübergangsregelung de Poppe — Springbiel herbeizuführen, und schließt sie Bauverzögerungen durch die Haltung der niederländischen Regierung aus?
193. Abgeordneter
Wawrzik
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das Vordringen privater Unternehmen im Paketdienst?
194. Abgeordneter
Wawrzik
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen im Interesse der Deutschen Bundespost wieder herzustellen?
195. Abgeordnete
Frau Schleicher
(CDU/CSU) Auf welchen Erkenntnissen — insbesondere neutraler Sachverständiger — und auf welcher Rechtsgrundlage beruht das Verzeichnis der von der Erstattung ausgeschlossenen Behandlungsverfahren und Arzneimittel, das die Deutsche Bundesbahn im Sonderamtsblatt Nr. 4 vom 13. August 1976 veröffentlicht hat, und um welche Erkenntnisse hat man sich — gegebenenfalls — ohne Erfolg bemüht?

196. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Ist aus der Antwort der Bundesregierung auf meine Frage im Monat Dezember zu schließen, daß die im Bundes-Immissionsschutzgesetz vorgesehene Schallschutzverordnung nicht mehr im Jahr 1977 erlassen werden wird, und wie stellt sich die Bundesregierung im Fall einer solchen Hinauszögerung der Verordnung die Weiterführung der Planungsarbeiten für Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen angesichts der zahlreichen gerade auf Lärmbelästigung gestützten Einwendungen und Einsprüche vor?
197. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Auf Grund welcher Untersuchungen und Analysen kommt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Frage vom 11. Dezember 1976 angesichts der völlig unzureichenden Anbindung der Industriestadt Friedrichshafen an das Autobahnnetz der Bundesrepublik Deutschland (nächster Autobahnanschluß über 70 km entfernt!) zu dem Ergebnis, daß der Bedarfsplan für Bundesfernstraßen den dringenden Verkehrsbedürfnissen dieser Stadt gerecht werde?
198. Abgeordneter
Krockert
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Postbeamtenkrankenkasse die Kosten für indizierte Schwangerschaftsabbrüche nicht in jedem Fall trägt, weil ihre Satzung eine solche Erweiterung des Leistungskatalogs nicht zuläßt, trifft dies auch für andere Kassen zu, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auf gesetzlichem Weg Anpassungen der zugrundeliegenden Satzungen zu erwirken?
199. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das Kursbuch der Deutschen Bundesbahn die Verbindungen von und nach Berlin hinsichtlich der Bundesbahnhöfe, der Streckenführung und des Kurswagenangebots nicht vollständig verzeichnet, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung unternommen, um dafür zu sorgen, daß das Informationsbedürfnis des Publikums vollständig befriedigt wird?
200. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung bisher veranlaßt, daß den Schrankenwärtern das Herannahen eines Zugs wirkungsvoller und zeitgerechter angezeigt wird, um weitere Unfälle bei beschränkten Bahnübergängen zu vermeiden, wie z. B. den tödlichen Unfall am Bahnhof Waldershof, Landkreis Tirschenreuth, vom 19. Dezember 1974, der im November 1976 vom Schöffengericht Tirschenreuth untersucht und u. a. dabei festgestellt wurde, daß es bis heute dort einen Anrückmelder, der das Nahen des Zugs wirkungsvoller und zeitlich genauer angezeigt hätte, noch nicht gibt, und wie groß ist die Anzahl derartig unzureichend ausgerüsteter Schrankenwärteranlagen?

201. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der baureifen Planung des Abschnitts AK Mönchengladbach bis zur Staatsgrenze der Bundesautobahn A 52 der Sparquerschnitt „RQ 26“ zugrundegelegt werden soll, obwohl die A 52 in der Zusammenstellung des Bundes vom 20. Juli 1976 über für RQ 26 vorgesehene Bundesautobahn-Abschnitte nicht enthalten ist, und ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß im Hinblick auf den starken internationalen LKW-Verkehr, der sich nach der Verknüpfung des deutschen und holländischen Autobahnnetzes auch für diesen Abschnitt einstellen wird, dringend zu empfehlen ist, den RQ 29 anzuwenden?
202. Abgeordneter
Gerlach
(**Obernau**)
(CDU/CSU)
- Wie ist es nach Auffassung der Bundesregierung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag zu vereinbaren, daß dem aus Gießen und Wetzlar zusammengesetzten neuen Stadtgebilde Lahn das für Leipzig reservierte Autokennzeichen „L“ zugeteilt wurde, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß mit dieser Maßnahme die Glaubwürdigkeit des Strebens nach Wiedervereinigung beeinträchtigt wird?
203. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung angesichts der jetzt bekanntgewordenen Zahlen über die Reduzierung des Bahnnetzes, die Personenbeförderung in vielen Bereichen der Bundesrepublik Deutschland auf die Straße zu verlegen, bereit, zusätzliche Mittel für den Straßenbau in diesen Gebieten zur Verfügung zu stellen, um den Mehrverkehr zu bewältigen und läßt sich dies in der Praxis dadurch verwirklichen, daß mit den zusätzlichen Mitteln Straßenstrecken zu einem früheren Zeitpunkt in Angriff genommen werden als im zweiten Ausbauplan ausgewiesen sind, wenn über diese Strecken Ersatzverkehre für stillgelegte Bahnstrecken durchgeführt werden sollen?
204. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Treffen Meldungen aus der Wirtschaftswoche (Nummer 3, 31. Jahrgang, Freitag, den 7. Januar 1977) zu, daß die Bundesregierung dem Land Baden-Württemberg in den Jahren 1971 bis 1975 549 Millionen DM weniger an Straßenbaumitteln zur Verfügung gestellt hat als ursprünglich zugesagt?
205. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Warum beantwortet die Bundesregierung in bezug auf die Einzeichnung der Grenzen Deutschlands in amtlich herausgegebenen Landkarten „bereits wiederholt“ — so u. a. am 21. Dezember 1976, am 30. Januar 1975,

am 14. Januar 1976 — nicht die Frage, ob nicht auch jede amtliche Informationstätigkeit, also auch die für Reisende, an den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung gebunden ist und daher bei der Darstellung von Grenzen die nach der Verfassung und dem internationalen Recht verbindlichen Grenzen Deutschlands nicht ausgelassen und ausschließlich durch die Darstellung von Demarkationslinien ersetzt werden dürfen, die nach den verbindlichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und den Normen des Völkerrechts nicht die Abgrenzung von Bereichen der vollen staatlichen Souveränität in Deutschland wiedergeben?

206. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)

Inwiefern entspricht das Bundesbahnauskunftsamt in Frankfurt der auf allen Staatsorganen bei allen — auch informatorischen Tätigkeiten — insbesondere seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 ruhenden Amtspflicht, die Rechte ganz Deutschlands „im Innern wach zu erhalten und nach außen beharrlich zu vertreten“, wenn es den in- und ausländischen Reisenden im amtlichen Werbematerial, z. B. für Winterreisen, die Grenzen des fortbestehenden Deutschland nicht vor Augen führt und im amtlichen Werbematerial zur Existenz Deutschlands „nichts sagt“ und „auch nichts sagen kann“ (Antwort vom 21. Dezember 1976 auf Frage vom Dezember)?

207. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD)

Wird der jüngste bekanntgewordene Beinahezusammenstoß zwischen einem Phantom-Düsenjäger der Bundeswehr und einer Lufthansa Boeing 737 am 4. Januar 1977 bei Dinkelsbühl von der Bundesregierung zum Anlaß genommen, mit größtem Nachdruck darauf hinzuwirken, die Flugsicherung im Luftraum der Bundesrepublik Deutschland einheitlich für militärische und zivile Flüge zu regeln?

208. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, wonach im Flugverkehr angesichts der häufigen Beinahezusammenstöße von Flugzeugen die Sicherheit für die beteiligten Menschen absoluten Vorrang vor allen anderen, insbesondere ressortspezifischen Überlegungen hat?

209. Abgeordneter
Flämig
(SPD)

Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu Plänen ein, Postboten als Altenpfleger ausbilden zu lassen, damit sie bei ihren Zustellgängen betagten Bürgern mit fachmännischen Tips und kleinen Handreichungen unter die Arme greifen können oder in der Lage sind, in dringenden Fällen schnelle Hilfe zu leisten?

210. Abgeordneter
Flämig
(SPD)
- Ist aus der Tatsache, daß der Präsident der Oberpostdirektion Frankfurt und der Direktor des Postamts Hanau sich hinsichtlich der Realisierung derartiger Pläne bereits wohlwollend ausgesprochen haben sollen, zu entnehmen, daß die Deutsche Bundespost diesen Vorschlägen positiv gegenübersteht?
211. Abgeordneter
Lücker
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die geplante Einführung eines Margentarifs im Stückgutsektor der Deutschen Bundesbahn mit einer Minusmarge bis zu 29% unverantwortlich gegenüber der Allgemeinheit ist, gerade auch im Hinblick auf den defizitären Kleingutverkehr, und wenn ja, welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen?
212. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Duisburg)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Verkehr auf der Bundesautobahn A 59 in Duisburg am gegenwärtigen Endpunkt an der Sittardsberger Allee von den innerstädtischen Straßen nur ungenügend aufgenommen werden kann und mit erheblichen Verkehrsbehinderungen zu rechnen ist, und beabsichtigt die Bundesregierung daher, die Fortführung der A 59 bis zur Bundesstraße B 288 wieder in die Dringlichkeitsstufe 1 a einzustufen?
213. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Duisburg)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein vordringlicher Bau des Autobahnkreuzes A 59/B 288 nur dann sinnvoll ist, wenn gleichzeitig auch die A 59 an das Autobahnkreuz herangeführt wird?
214. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Duisburg)
(CDU/CSU)
- Welchen Stand haben angesichts der starken Belastung der Bundesstraße B 8 zwischen Duisburg und Düsseldorf die Planungen hinsichtlich einer Fortführung der A 59 in Richtung Süden, und wann ist gegebenenfalls mit einem Baubeginn zu rechnen?
215. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung nicht auch der Auffassung, daß ein historisches Stadtbild nicht durch städtebauliche Fehlleistungen beeinträchtigt werden darf, und wenn ja, sollte dann nicht der Bau des 90 Meter hohen Fernmeldeturms verhindert werden, um die als einzigartig anerkannte Silhouette der Stadt Soest zu erhalten, insbesondere, da sich z. B. mit der Haar auch eine andere Standortmöglichkeit bietet?
216. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß die Straßenschäden durch die Benutzung von Spikesreifen für Fahrzeuge des Unfallhilfe- und Rettungsdienstes in keinerlei Verhältnis zur Aufgabe und Leistung dieser Dienste stehen, und ist sie unter Berücksichtigung dieser Tatsache bereit, für Fahrzeuge im lebensrettenden Einsatz die Sondererlaubnis zur Benutzung von Spikesreifen zu erteilen?

217. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Treffen Presseberichte zu, nach denen nunmehr endgültig im Laufe der nächsten Monate die Zugleitung Nord-Süd der Deutschen Bundesbahn aus Bad Hersfeld im hessischen Zonenrandgebiet nach Frankfurt/Main im Ballungszentrum Rhein-Main verlegt werden soll, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Maßnahme unter strukturpolitischen Gesichtspunkten?
218. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Wann ist mit dem Neubau des ca. 100 Kilometer langen Autobahnstücks Olpe—Bad Hersfeld nach den gegenwärtigen Planungsvorstellungen zu rechnen, und ist die Bundesregierung bereit, entsprechend der Forderung der Arbeitsgemeinschaft Autobahn Siegen / Olpe—Bad Hersfeld diese Autobahnneubaustrecke unter dem Gesichtspunkt vorrangig einzuräumen, daß dadurch ein erheblicher strukturpolitischer Effekt zur Erschließung der strukturschwachen Regionen Nordhessen und Osthessen im hessischen Zonenrandgebiet und eine Entlastung der Bundesautobahnstrecke Frankfurt/Main—Würzburg erreicht werden kann?
219. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Welcher Zeit- und Finanzierungsplan besteht für die Neubautrasse der Deutschen Bundesbahn Hannover—Würzburg, und wie hoch werden die voraussichtlichen Kosten dieser Strecke für diese Neubaustrecke sein?
220. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Anregung der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung von Niedersachsen, die Stoßstangen an Personenkraftwagen in einer Bodenhöhe von 33 Zentimetern anzubringen, weil hierdurch Unfallfolgen erheblich gemindert und Todesfälle vermieden werden könnten, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, diese Anregung, die durch die Ergebnisse diesbezüglicher langjähriger Untersuchungen in Großbritannien veranlaßt wurde, im Interesse der Verkehrssicherheit zu fördern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

221. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung den Unterschied zwischen ihrer Antwort auf meine Schriftliche Anfrage Nummer 72 in Drucksache 7/5749 und der Feststellung des Personalrats im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, der in seinem Schwerpunktprogramm 1976 bis 1979 an die Leitung des Hauses appelliert hat „eine übermäßige Belastung Einzelner ebenso zu vermeiden, wie eine ungenügende Beschäftigung“?

222. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß der nach dem Gesetz über Investitionszuschüsse im sozialen Wohnungsbau vom 27. Dezember 1974 für Investitionszuschüsse gesetzte Termin für die Bezugsfertigkeit, nämlich der 30. Juni 1977, erhebliche Schwierigkeiten in konjunkturpolitischer Sicht aufwirft, und es dringend geboten ist, diesen Termin zu verschieben, und wenn ja, wird die Bundesregierung eine entsprechende Initiative ergreifen?
223. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Schlußtermin des Investitionszuschußgesetzes über den 1. Juli 1977 hinaus zu verlängern, um bisher ohne Verschulden der Bauherren steckengebliebene Bauvorhaben ohne Verlust des Investitionszuschusses fertigstellen zu können?
224. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die von der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen erarbeitete Studie über die Einführung einer „Wohnwertmiete“, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

225. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung gegen die in einer Betrachtung zum 30. Jahrestag der Grenztruppen der DDR (veröffentlicht in der dem Ostberliner Außenministerium nahestehenden Wochenzeitung „horizont“) enthaltenen Verunglimpfungen der Bundesrepublik Deutschland unternommen, „es gäbe kaum einen anderen Bereich unseres Staates, der so wie unsere Staatsgrenze und so wie der Dienst zur Sicherung ihrer Unverletzlichkeit direkten Angriffen vom Territorium der BRD sowie dem Trommelfeuer imperialistischer Hetze ausgesetzt ist und damit werde das Völkerrecht sträflich mißachtet“, unternommen, bzw. was gedenkt sie dagegen zu unternehmen?
226. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausdehnung des Tätigkeitsbereichs der Gesellschaft für Sport und Technik der DDR, die neben ihrem bisherigen Auftragsschwerpunkt „Vormilitärische Ausbildung der männlichen Jugendlichen für den Wehrdienst“ nunmehr eine regelrechte Reservistenfortbildung der Werk tätigen in Industriebetrieben und in der Landwirtschaft zur Erhaltung der Wehrkraft betreiben soll?

227. Abgeordnete
**Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU)**
- Sind die im „Spiegel“, Nummer 49 vom 29. November 1976, Seiten 52 bis 61, unter dem Titel „Meine Eltern sind nicht meine Eltern“. Der Fall Grübel: Bonn wiegelt ab, Ost-Berlin sperrt sich“ recherchierten Tatbestände und Informationen der Bundesregierung vor ihrer Veröffentlichung bekannt gewesen, und was hat sie bisher in dieser Angelegenheit unternommen?
228. Abgeordnete
**Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU)**
- Handelt es sich bei dem vorliegenden Fall nach Auffassung der Bundesregierung um Zwangsadoption, und was gedenkt sie zu unternehmen, um eine Zusammenführung der in der DDR festgehaltenen Kinder (Tochter und Sohn) mit den in die Bundesrepublik Deutschland abgeschobenen Eltern möglichst bald zu erreichen?
229. Abgeordneter
**Spranger
(CDU/CSU)**
- Trifft es zu, daß — wie im Tagesspiegel vom 11. Dezember 1976 gemeldet wurde — Ost-Berlin der Mutter eines zwangsadoptierten Kindes unter Bruch des Vier-Mächte-Abkommens und seiner Ausführungsvereinbarung die Einreise verweigert, und wenn ja, zu welchen Konsequenzen gibt dies der Bundesregierung Anlaß?
230. Abgeordneter
**Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)**
- Trifft es zu, daß an der Sektorengrenze in Berlin einem Berliner der die Kleidung eines Angehörigen der Handelsmarine trug, deshalb unter Abnahme des Personalausweises die Einreise verweigert wurde, und welche Auswirkungen haben derartige Schikanen nach Auffassung der Bundesregierung auf das innerdeutsche Verhältnis?
231. Abgeordneter
**Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)**
- Trifft es zu, daß — wie von der Neuen Zürcher Zeitung vom 14. Dezember 1976 gemeldet — die Ostberliner Regierung die nachgeordneten Behörden angewiesen hat, alle Anträge auf Ausreise in den freien Teil Deutschlands bis auf weiteres zu blockieren, indem die Anträge entweder abgelehnt oder einfach zu den Akten genommen werden, und wie reagiert — bejahendenfalls — die Bundesregierung auf diesen Bruch der Vereinbarungen von Helsinki?
232. Abgeordneter
**Engelsberger
(CDU/CSU)**
- Treffen Meldungen zu, daß die Zahl der Verhaftungen aus politischen Gründen im Herrschaftsbereich der SED-Machthaber zunimmt, sowie die Ablehnung von Anträgen auf Ausreise in den freien Teil Deutschlands immer häufiger mit Drohungen verbunden werden, und zu welchen Reaktionen gab dies — bejahendenfalls — der Bundesregierung Anlaß?

233. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß ein Deutscher, der sich mit einer ordnungsgemäßen Aufenthaltsgenehmigung der Ostberliner Behörden im Herrschaftsbereich der SED-Machthaber aufgehalten hat, vorzeitig zum kurzfristigen Verlassen dieses Herrschaftsbereichs gezwungen wurde, weil er sich um die seit einem Jahr beantragte Ausreise seiner Verlobten bemüht hatte, die dieser in Verletzung der Vereinbarung von Helsinki vorenthalten wird, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung unternommen, um dem Ausreisebegehren zum Erfolg zu verhelfen und bis dahin die in den Vereinbarungen von Helsinki vorgesehenen Besuche zu ermöglichen?
234. Abgeordneter
Windelen
(CDU/CSU)
- Wann ist mit der Veröffentlichung der Dokumentation „Zur Geschichte der politischen Verfolgungen in Mitteldeutschland“ zu rechnen?
235. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Welche Kosten sind für Herstellung und Vertrieb der Zeitung „Kontakte“ entstanden, die im Dezember 1976 vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen herausgegeben wurde?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

236. Abgeordneter
Burger
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung von Bürgerinitiativen — die sich auf vorliegende Erfahrungen und Berechnungen stützen soll —, wonach durch Nutzung der Windenergie der Anteil des Öls an der bundesdeutschen Elektrizitätserzeugung voll und ganz ersetzt werden könne?
237. Abgeordneter
Burger
(CDU/CSU)
- Kann angenommen werden, daß die vom Bundesforschungsminister in dem von ihm herausgegebenen Buch „Forschung aktuell“ erhobene Forderung, eine Prototyp-Windenergieanlage zu errichten, in absehbarer Zeit erfüllt wird?
238. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Welche internationalen Verträge bestehen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten auf dem Gebiet der Forschungs- und Technologiepolitik?
239. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- In welcher Weise kann die Bundesregierung sicherstellen, daß bei einem wissenschaftlich-technologischen Kenntnisaustausch auf Grund internationaler Verträge keine Wettbewerbsnachteile für die Bundesrepublik Deutschland entstehen?

240. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Welche Mittel wurden für welche Projekte vom Bundesminister für Forschung und Technologie bisher für die Förderung von Forschungsprojekten bei der Technologie-Forschungs-GmbH, Leitung Lutz T. Kayser, bereitgestellt, und welche Einflußmöglichkeiten hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie auf die Vergabe von Lizenzen und die Einnahmen aus Lizenzen bei den von Herrn Kayser an die Firma Otrag vergebenen Lizenzen?
241. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Welche Anträge auf Bundesbürgschaften oder Forschungszuwendungen lagen oder liegen von seiten der Firma Otrag vor, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Zusammenhang mit ihren bisherigen Zuwendungen an die Technologie-Forschungs-GmbH Stuttgart?
242. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) In welcher Höhe hat der Bund in den Jahren von 1970 bis einschließlich 1976 die jährlich stattfindende und weit über Deutschland hinaus wissenschaftliches Ansehen genießende, auch von Bundeskanzler Willy Brandt bereits einmal eröffnete, Nobelpreisträger-Tagung in Lindau finanziell gefördert, und in welcher Höhe wird der Bund dies zur finanziellen Absicherung dieser Tagung 1977 und 1978 tun?
243. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Trifft es zu, daß die Bundesregierung ohne Wissen und vorherige Unterrichtung der Landesregierung Schleswig-Holstein durch ein Institut ein Gutachten über einen möglichen Standort für ein Kernkraftwerk im Wattenmeer erstellen ließ?
244. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Wenn ja, würde das Land Schleswig-Holstein von den Ergebnissen informiert werden, und zu welchen Ergebnissen kommt das Gutachten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

245. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Berufsaussichten der Studierenden, die die Fachrichtungen Meteorologie und Physik gewählt haben, einen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten, und welchen Rat gibt es, zu helfen?
246. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige und zu erwartende Kapazitätsentwicklung der Pädagogischen Hochschulen im Verhältnis zur Zahl der Studierenden und deren Unterbringungsmöglichkeiten im Schuldienst?

247. Abgeordneter
Dr. Zettel
(CDU/CSU) Erblickt die Bundesregierung in einer eventuellen Überkapazität an den Pädagogischen Hochschulen eine Möglichkeit, die Zahl der Studienplätze in anderen, insbesondere technisch-wirtschaftlichen, Fachbereichen zu vermehren?
248. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU) Wie hoch war der ursprüngliche Ansatz von Bundesmitteln beim Neubau des Aachener Klinikums der RWTH, und wie stark muß dieser Ansatz nach oben korrigiert werden, und welchen Anteil haben dabei die Planungsänderungskosten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

249. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Alwin Brück, (siehe Frankfurter Rundschau vom 12. Dezember 1976) die Deutschen im heutigen Süd-West-Afrika sollten in einem künftigen Namibia verbleiben, um beim Aufbau des Landes zu helfen, den bisher erbrachten großen persönlichen und wirtschaftlichen Aufbauleistungen der dortigen Bevölkerung nicht gerecht werden und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?
250. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung nicht für zweckmäßiger, mit allen politischen Mitteln einen bruchlosen Übergang vom gegenwärtigen zum zukünftigen Status Namibias zu fördern, anstatt sich mit Überlegungen zu Flüchtlings- und Wiederaufbauproblemen zu beschäftigen, die eine krisenhafte Entwicklung als unausweichlich unterstellen?
251. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Fällt unter die Aussage der neuen Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, „die Zeit dränge, auf die Forderungen der Entwicklungsländer nach neuen Strukturen der Weltwirtschaft einzugehen“, auch die Forderung nach der Schaffung von integrierten oder separaten Rohstoffabkommen?

Bonn, den 14. Januar 1977